

## BOLIVIEN

# Indigene Völker verteidigen neue Rechte gegen alte Machtstrukturen



### Menschenrechtsreport Nr. 55 der Gesellschaft für bedrohte Völker - Juni 2008

#### Gesellschaft für bedrohte Völker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat  
der VEREINTEN NATIONEN und mitwirkendem Status beim EUROPARAT

Arbil - Bern - Bozen - Göttingen/Berlin - Groningen - Luxemburg - New York -  
Pristina - Sarajevo/Srebrenica - Temuco - Wien

# Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024  
D-37010 Göttingen  
Telefon ++49 (0)551 49906-0  
Fax ++49 (0)551 58028  
info@gfbv.de  
www.gfbv.de



**Spendenkonto: 1909 - Sparkasse Göttingen - BLZ 260 500 01**

## Impressum:

Autorin: Kerstin Veigt

Redaktion: Yvonne Bangert

Satz und Layout: Eva Söhngen

Preis: 3,- Euro

Titelfoto: Dalia B. Machicado Alarcon und Enriqueta Huanto, Aymara-Führungspersönlichkeiten auf der Demonstration gegen die Autonomie-Statuten von Santa Cruz, La Paz, 4.05.2008

Alle Fotos: Kerstin Veigt

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Juni 2008



## INHALT

1. Zusammenfassung .....	5
2. Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker .....	7
3. Einleitung .....	8
4. Indigene Völker - die Bevölkerungsmehrheit Boliviens .....	9
5. Die Politisierung der indigenen Völker Boliviens. ....	9
6. Reformen unter der Regierung Morales .....	10
7. Neues Verhältnis: Indigene Völker und Staat .....	11
8. Konflikte um die Autonomiebestrebungen in Ostbolivien .....	11
9. Verfassunggebende Versammlung .....	13
10. Indigene Autonomie und Landrechte .....	14
11. Die Spaltung der Guarayo .....	16
12. Die Versklavung der Guaraní .....	17
13. Der Rohstoffreichtum des Landes.....	19
14. Kleine isolierte Völker sind besonders gefährdet .....	19
15. Rassismus und Gewalt .....	20
16. Fußnoten.....	22
17. Anhang .....	23
Literatur .....	23
Internet .....	24



## 1. Zusammenfassung

Bolivien, eines der ärmsten Länder Lateinamerikas, steht mitten in einem erbitterten Machtkampf zwischen der Regierung unter dem indigenen Präsidenten Evo Morales, die mit umfassenden Reformen die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der indigenen Bevölkerungsmehrheit deutlich stärken will, und der bürgerlichen, nicht-indigenen Opposition in den sogenannten Halbmondstaaten Pando, Beni, Santa Cruz und Tarija im östlichen Tiefland Boliviens. Diese vier Bundesländer (Departments) haben sich inzwischen mit Referenden für Autonomiestatute ausgesprochen und sind damit deutlich von der Zentralregierung abgerückt. Die Polarisierung zwischen dem armen indianischen Andenhochland im Westen Boliviens, in dem sich die politische Macht konzentriert, und dem reichen von Europäern und Mestizen geprägten Tiefland, in dem sich die wirtschaftliche Macht ballt, hat damit eine neue Qualität gewonnen. Evo Morales sah sich veranlasst, nun seinerseits die Machtfrage zu stellen. Voraussichtlich am 10. August 2008 will er die Bolivianer darüber abstimmen lassen, ob er im Amt bleiben soll oder nicht.

Die indigenen Organisationen äußern sich geschlossen gegen die Autonomiebestrebungen der östlichen Bundesländer. Durch diese stehen ihre Rechte und die neu ausgearbeitete Verfassung auf dem Spiel. Sie setzen sich für die Vollendung des Verfassungsprozesses ein, an dem sie erstmalig beteiligt waren.

Die indigenen Völker bilden mit einem Anteil von 62 Prozent an der Gesamtbevölkerung von geschätzt 9.427.219 Einwohnern (Juli 2003, Angaben der Botschaft Boliviens in Deutschland) die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung. Offiziell anerkannt sind 36 Völker von denen die Quechua mit 30,7% und die Aymara 25,2% die beiden größten sind. Beide leben v.a. im westlichen Hochland der Anden Boliviens, aber auch in den Städten und in den Tälern des Tieflands im Osten. Dort sind die indigenen Völker eine Minderheit von 17 %. Die größten Gruppen sind die Chiquitano (3,6%), Guaraní (2,5%) und die Mojeno (1,4%).

Der Wohlstand ist in Bolivien sehr ungleich verteilt. 82 % der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze (UNDP-Bericht 2004), in manchen ländlichen Gebieten des Hochlands sind es sogar mehr als 90%. Die Ärmsten der Armen sind die Ureinwohner. Ungleich verteilt ist auch das Land. So gehören 90 Prozent der v.a. indigenen Bevölkerung nur zehn Prozent des Landes, während 90 Prozent des Landes in den Händen von Großgrundbesitzern sind.

Im Tiefland drangen Mitte des 19. Jahrhunderts verstärkt Kautschukproduzenten, Großgrundbesitzer, Viehzüchter und schließlich Agrar- und Forstindustrie in indianisches Land vor, das sie sich illegal aneigneten. Die indigenen Völker, die dort zuvor vom Jagen, Sammeln und Fischen gelebt hatten, mussten nun für diese Siedler arbeiten oder wurden vertrieben. Nach dem 2. Weltkrieg kam eine neue Einwanderungswelle mit Europäern, die sich ebenfalls Land der Ureinwohner aneigneten, ohne dass es darüber eine Kontrolle gegeben hätte. Die Zuwanderung von Siedlern indigener Gruppen aus dem Hochland, die seit den 1960-er Jahren ins Tiefland gekommen sind, führte zu weiteren Landkonflikten.

Nach Angaben der Behörde für Landreform INRA sind im Tiefland 35 Familien in Besitz von Flächen, deren Größe jeweils zwischen 15.000 und 290.000 ha liegen. „Tierra y territorio“ – „Zugang zu Land und Rohstoffen und Anerkennung ihrer Landtitel“, ist daher eine zentrale Forderung der dortigen indigenen Organisationen.

Im Hochland hatte eine Agrarreform bereits 1953 unter Präsident Victor Paz Estenssoro von der Nationalistischen Revolutionären Bewegung dazu geführt, dass es weniger Großgrundbesitz gibt. Den indigenen Bauern gehören dort heute aber aufgrund der Erbteilung meist nur kleine Landgebiete, die „minifundios“ (1 ha pro Familie).

Bolivien ist reich an natürlichen Rohstoffen. Im Hochland gibt es Silber, Zink, Gold und Blei, im Tiefland Erdgas, Erdöl, Wasser(kraft) und Holz. Boomsektor des Landes ist das Bundesland Santa Cruz, das am 4. Mai als erstes über eine Autonomie abstimmen ließ. Von dort kommen 34 % aller Exporte Boliviens. Hier im Südosten befinden sich auch die größten Öl- und Gasvorkommen des Landes. Die Kontrolle darüber will man nicht an La Paz abgeben. Santa Cruz fordert Selbstbestimmung bei den Finanzen, der Justiz, der Bildung, der Polizei und der Landverteilung. „Die cruzenische Elite besteht vor allem aus Großgrundbesitzern und Agrarunternehmern, die vom Rechtsstaat wenig halten. Ihre Wirtschaft wächst nicht durch Produktivität, sondern oft durch illegale Ausdehnung ihrer Ländereien. Sie fordern, dass künftig nicht mehr La Paz, sondern der Gouverneur von Santa Cruz Landtitel vergeben soll.“ (Die Tageszeitung, 21./22.Juni 2008)

Ein größerer Gegensatz zu den Grundideen der Verfassungsreform, die ein zentraler Bestandteil der Regierungspolitik von Präsident Morales ist, ist kaum vorstellbar. Kernpunkte sind eine Landreform und eine Umverteilung der Kontrolle über die Rohstoffe. Mit der Agrarreform von 1996 wurde unter der Regierung von Gonzalo Sánchez de Lozada (1993 - 1997) die Kategorie des „Gemeinschaftlichen indigenen Landbesitzes“ (TCO - Tierras Comunitaria de Origen), d.h. offiziell und rechtlich anerkannter indigener Gebiete, eingeführt. Die Umsetzung der Reform, mittels der kollektiver Landbesitz und nachhaltiger Umgang mit Ressourcen der indigenen Völker anerkannt und Landtitel vergeben werden sollten, war jedoch nicht so erfolgreich wie nötig. Auf Grundlage der Agrar-Gesetzgebung haben indigene Völker nach Angaben der INRA zwischen 1996 und 2007 Landrechtstitel über elf Millionen Hektar bekommen, von denen 3,4 Mio. im Hochland und 7,6 Mio. im Tiefland liegen.

Im Rahmen der Agrar- und Landreform, die die Morales-Regierung im November 2006 verabschiedet hat, sollen nun illegal angeeignete Ländereien zurückgegeben werden und es soll der kollektive Landbesitz der indigenen Völker gefördert werden. TCOs können bei der INRA Anträge auf die Zuteilung von Land stellen. Dann muss die INRA entscheiden, ob und wenn wie viel Land sie zuweist. Geplant ist, zunächst solche Flächen eines Großgrundbesitzes zu verteilen, die ungenutzt brach liegen und nur zu Spekulationszwecken gehalten werden. Insbesondere in den Bezirken Santa Cruz, Tarija, Pando und Beni kam es darüber zu heftigen Konflikten mit den Großgrundbesitzern.

Der Verfassungsentwurf wurde am 9. Dezember 2007 von der Regierung verabschiedet, allerdings in Abwesenheit der Opposition, die nun die Legitimität der Verfassung infrage stellt. Daher soll jetzt das bolivianische Volk über Annahme oder Ablehnung der Verfassung abstimmen. Einen Termin für diese Abstimmung gibt es noch nicht.

Bolivien hat bereits 1991 die ILO-Konvention 169, das wichtigste bindende Rechtsdokument für die Grundrechte indigener Völker, und alle grundlegenden internationalen Vertragswerke der Vereinten Nationen und der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) ratifiziert. Außerdem hat es im September 2007 als erstes Land die UN-Deklaration für die Rechte indigener Völker unterzeichnet und am 7. November 2007 alle 46 Artikel dieser allgemeinen Erklärung mit dem Gesetzesartikel 3760 in seine nationale Gesetzgebung aufgenommen.

Aber noch ist die Regierung nicht in der Lage, diese pro-indianischen Gesetze auch wirksam durch- und umzusetzen. Die schlimmsten Missstände haben die Tieflandvölker zu beklagen. Die Guarani in Santa Cruz beispielsweise warten seit nun mehr als zehn Jahren auf die Anerkennung ihres Landtitels. Einige Guarani-Gemeinschaften mit zusammen etwa 7.000 Angehörigen leben unter Bedingungen, die mit Sklaverei vergleichbar sind. Sie müssen für Großgrundbesitzer arbeiten, die das Land nutzen, auf dem sie einst selbst lebten. Die Indianer bekommen wenig oder keinen Lohn, können sich nicht frei bewegen, bekommen Nahrung und Kleidung zugeteilt. Die Guarani-Organisation Asamblea del Pueblo Guaraní APG hat sich bereits an die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) gewandt, um die Rechte dieser Familien und Gemeinden auf Land und Freiheit einzuklagen. Sie wirft der Regierung Morales vor, ihr Gesetz 29292 gegen Zwangsarbeit, Knechtschaft

und andere Formen von Sklaverei, dessen Paragraph 6 sich direkt auf die Guarani bezieht, nicht schnell genug umzusetzen. Am 25. April 2008 appellierte die IACHR an den bolivianischen Staat, unverzüglich Maßnahmen zur Beendigung der Sklaverei bei den Guarani zu ergreifen, die Agrarreform umzusetzen und alle Hindernisse zu überwinden, die dem Zugang zum Land entgegenstehen.

Problematisch sind auch die Rahmenbedingungen der Rohstoffausbeutung. Obwohl Bolivien die ILO-Konvention 169 schon 1991 ratifizierte, setzt es das darin enthaltene verbindliche Regelwerk nicht durch, das vor dem Beginn von Maßnahmen, welche die Lebensverhältnisse indigener Völker berühren, die ausführliche Information, Befragung und Einverständniserklärung der betroffenen indigenen Völker festschreibt.

Besonders verletzlich sind die kleinen Völker, die in Ostbolivien teilweise in freiwilliger Isolation leben. Sie haben keine gesicherten Landtitel und sind daher abhängig von der Toleranz und dem Respekt der Gruppen, in deren Gebiet sie sich aufhalten. Große Industrieprojekte auf solchem Land gefährden sie existenziell.

## 2. Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

### **An den Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zu den Rechten indigener Völker, Prof. James Anaya:**

Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen auf Vertreterinnen und Vertreter indigener Völker und Menschenrechtler, insbesondere von Inhabern öffentlicher Ämter sowie Ermittlungen gegen die Verantwortlichen der Übergriffe in Sucre (Mai 2008) und La Cordillera (Februar und April 2008) und Unterstützung der Opfer

### **An die Regierung Boliviens:**

Sofortige Umsetzung der Empfehlungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zur Beendigung der Versklavung bei den Guarani;

### **An die Bundesregierung bzw. das BMZ:**

Hilfe für den Aufbau neuer indigener Medien zur Förderung des Demokratieprozesses und der gesellschaftlichen und politischen Integration der indigenen Völker;

Entsendung internationaler Konfliktschlichter und Beobachter zur Entschärfung der Krise und zum Schutz der Menschenrechte.

### 3. Einleitung

Die indigenen Völker Boliviens haben in den letzten Jahren vieles erreicht, das einmalig in Lateinamerika und erstmalig in der bolivianischen Geschichte ist: ein indigener Präsident, die Infragestellung der traditionellen gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die Teilhabe an der Erarbeitung einer neuen Verfassung sowie Landrückgaben. Zweifellos herrschen Aufbruchstimmung und neues Selbstbewusstsein unter den Ureinwohnern in Bolivien. Doch auch die gesellschaftliche Polarisierung ist gewachsen, da Gruppen der heutigen Opposition mit Widerstand auf den Veränderungsprozess zugunsten der traditionell unterdrückten und marginalisierten Völker reagieren. Es ist zu einer tiefen Spaltung der bolivianischen Gesellschaft gekommen. Die alten politischen und wirtschaftlichen Eliten, die Großgrundbesitzer und Präfekte des Tieflandes, haben am 4. Mai 2008 im Bundesland (Departamento) Santa Cruz einen großen Schritt getan, um sich mittels eines Referendums über die Autonomie der Regierungspolitik zu entziehen und ihre Privilegien, ihren Zugang zu Land und Ressourcen zu verteidigen. Als GfbV-Referentin für indigene Völker bin ich in dieser Zeit, vom 21. April bis zum 15. Mai 2008, in Bolivien gewesen. Dort habe ich in La Paz, El Alto, Oruro, Cochabamba und Santa Cruz Interviews und Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern indigener Organisationen<sup>1</sup>, mit Nicht-Regierungsorganisationen<sup>2</sup> und verschiedenen kulturell und politisch bedeutenden Persönlichkeiten<sup>3</sup> geführt. In La Paz habe ich an der größten indigenen Demonstration gegen die Autonomie im Tiefland am 4. Mai und in Santa Cruz an der Versammlung der Konföderation der indigenen Völker Boliviens (CIDOB) am Wochenende nach dem Referendum teilgenommen. In diesem Bericht werde ich die Themen aufgreifen, die den Indigenen selbst am wichtigsten waren. Im Vordergrund stehen die aktuellen Entwicklungen, Landrechtskonflikte und Menschenrechtsverletzungen im Tiefland Boliviens. Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen die Guaraní-Gemeinden, in denen nach wie vor feudale Strukturen und Sklaverei herrschen.



*Kerstin Veigt, GfbV-Referentin für indigene Völker und Jeanette Medrano, Vertreterin der Yuracaré*

## 4. Indigene Völker - die Bevölkerungsmehrheit Boliviens

Die indigenen Völker bilden mit einem Anteil von 62,05 Prozent an der Gesamtbevölkerung von fast 9,5 Mio. Menschen<sup>4</sup> die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung.<sup>5</sup> Offiziell anerkannt sind 36 Völker. Die Quechua stellen mit 30,7% und die Aymara mit 25,2% die beiden größten Völker. Sie leben v.a. im westlichen Hochland der Anden Boliviens, in den Städten und in den Tälern des im Osten des Landes gelegenen Tieflands. Dort sind anders als im Hochland die indigenen Völker mit 17% der Bevölkerung eine Minderheit. Die größten Gruppen sind die Chiquitano (3,6%), Guaraní (2,5%) und die Mojeno (1,4%).<sup>6</sup>

Bolivien hat die ILO-Konvention 169, das wichtigste bindende Rechtsdokument für die Grundrechte indigener Völker, und alle grundlegenden internationalen Vertragswerke der Vereinten Nationen und der Organisation der Amerikanischen Staaten (OEA) ratifiziert. Außerdem hat es im September 2007 als erstes Land die UN-Deklaration für die Rechte indigener Völker unterzeichnet und am 7. November 2007 alle 46 Artikel dieser allgemeinen Erklärung mit dem Gesetzesartikel 3760 in seine nationale Gesetzgebung aufgenommen.<sup>7</sup>



Melva Hurtavo Anez von der Organisation indigener Frauen in Beni (CMIB)

Neben Haiti und Nicaragua gehört Bolivien zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas. 82% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze (UNDP-Bericht 2004), in vielen ländlichen Gebieten des Hochlands sind es sogar mehr als 90%. Unter den indigenen Völkern ist die Armut am größten.<sup>8</sup>

## 5. Die Politisierung der indigenen Völker Boliviens

*„Seit meiner Kindheit denke ich darüber nach, wie wir indigenen Gemeinden auf dem Land leiden und gleichzeitig die Wirtschaft des Staates stützen...Es ist noch nicht lange her, dass wir die Plaza Murillo nur als Dienstboten betreten durften und den Regierungspalast überhaupt nicht.“ (Enriqueta Huanto, Aymara-Führungspersönlichkeit und Vertreterin der Frauenorganisationen AMAK<sup>9</sup>)*

Bolivien wurde 1825 unabhängig, doch die von Spanien aufgebauten kolonialen Strukturen - Landraub, Rassismus, Ausschluss der Ureinwohner aus dem gesellschaftlichen Leben und ihre Ausbeutung blieben erhalten. Infolge der Revolution von 1952/1953 wurden erstmalig die staatsbürgerlichen Rechte der Angehörigen indigener Völker anerkannt. Gleichzeitig wurde eine Agrarreform durchgeführt. Die indigenen Völker des Hochlands organisierten sich politisch und wurden in den Gewerkschaften der Bauern und Minenarbeiter aktiv. Ab Ende der

1960er Jahre wurden sie als politische Handlungsträger sichtbar, wobei es in den 18 Jahre andauernden Diktaturen zwischen 1964 und 1982 unter den Generälen Barrientos und Banzer, Pereda und Padilla sowie General García Meza zu massiver Verfolgung und Massakern indigener Aktivistinnen und Aktivisten kam. Mit dem Übergang zur Demokratie und der Wahl von Präsident Zuazo im Oktober 1982 organisierten sich die indigenen Völker zunehmend. Seit 1990 machten sie ihre Forderungen immer öfter mit Protestmärschen öffentlich.

Erste Erfolge waren 1991 die Ratifizierung der ILO Konvention 169 und die Verfassungsreform von 1995, durch die Bolivien erstmalig als ein „multiethnisches“ und „plurikulturelles“ Land definiert wurde. Diese Reform hat nicht nur die verfassungsrechtliche Anerkennung der indigenen Völker eingeleitet, sondern auch erste Schritte zur Anerkennung ihrer Landrechte. Durch die Einführung von Direktmandaten konnten die indigenen Völker zunehmend eigene Vertreter in den Kongress wählen. Einer von ihnen war 1997 der Gewerkschaftsführer der Coca-bauern im Chapare, Evo Morales Ayma.<sup>10</sup>

## 6. Reformen unter der Regierung Morales

*„Jallalla [Es lebe hoch auf Aymara] unser Präsident Evo Morales! Es lebe die Einheit Boliviens!“  
(Ruf auf dem Marsch der traditionellen indigenen Amtsträger des Bezirks La Paz in die Stadt am 4.05.2008)*

*„Sie wollen nicht, dass ein „Indio“ regiert. Sie haben Angst, dass wir nun auch Macht bekommen, weil wir gelernt haben, politisch aktiv zu sein. Aber wir sind stärker denn je.“ (Elida Urapuca, Präsidentin der Guarayo-Organisation COPNAG<sup>11</sup>)*



*Anstecker: „Der historische Sieg der indigenen Völker der Welt“*

Bei den Wahlen 2005 gewannen Evo Morales Ayma und die Partei MAS (Movimiento al Socialismo – Bewegung zum Sozialismus<sup>12</sup>) mit einer absoluten Mehrheit von 54% der Stimmen. Bolivien wird somit aktuell zum ersten Mal von einem indigenen Präsidenten regiert, der zudem den deutlichsten Wahlsieg seit Ende der letzten Militärregierung 1982 erringen konnte. Alle großen indigenen Organisationen hatten sich im Wahlkampf aktiv für ihn eingesetzt. Denn seine Wahlversprechen - eine umfassende Landreform, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Verstaatlichung von Ressourcen wie Öl und Gas - entsprachen ihren wichtigsten politischen Forderungen.

Seine Vorstellungen zur Dekolonialisierung der Gesellschaft, zur Beendigung der Ausgrenzung der indigenen Völker und dem Bruch mit dem gescheiterten Neoliberalismus der 1990er Jahre<sup>13</sup> wurden seitens der indigenen Völker in Bolivien und ganz Lateinamerika mit großen Hoffnungen begleitet. Dabei ist es für sie von großer Bedeutung, dass der Präsident selbst Aymara ist. Dass auch die Justizministerin Celima Torrico Quechua oder der Außenminister David Choquehuanca Aymara ist, wurde von mehreren

meiner Gesprächspartner als bedeutendes Zeichen für die Stärkung der politischen Teilhabe der Ureinwohner hervorgehoben.

## 7. Neues Verhältnis: Indigene Völker und Staat

*„Wir haben unsere eigenen gewählten Vertreter. Eine neue Etappe hat begonnen, in der viele von uns Akademiker und Experten und sogar Minister sind... Wir sind nicht darauf angewiesen, dass man uns sagt, was wir machen sollen.“ (Adolfo Chávez Beyuma, Präsident der Dachorganisation CIDOB<sup>14</sup>)*

Die Regierung hat einen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungsprozess eingeleitet, der die historischen Machtverhältnisse zugunsten der indigenen Völker auszugleichen sucht und ihre kollektiven Rechte auf Land und Autonomie in der neuen Verfassung verankern will. Der Jahrhunderte langen Unterdrückung, Marginalisierung, Diskriminierung und Ausgrenzung der indigenen Völker soll ein Ende gesetzt werden. Ein neues Verhältnis zwischen indigenen Völkern und Staat zeichnet sich ab, in dem sie über ihre Belange selbst bestimmen und zu selbstbewussten politischen Handlungsträgern werden. Adolfo Chávez Beyuma von der Konföderation der indigenen Völker Boliviens CIDOB, dem Dachverband der Völker des Ostens, Tieflands und Chacos erklärt: „Wir befinden uns in der Zeit eines Wandels, zu dem wir selbst beigetragen haben. Die CIDOB besteht seit 26 Jahren. Heute erklären wir erneut, dass dieses Land unsere Rechte und unsere indigenen Autonomien, unsere Selbstbestimmung anerkennen muss! Wir 34 Völker des Ostens haben unsere eigenen Vorstellungen von einer nachhaltigen Entwicklung.“<sup>15</sup>

Veränderungen wie die Landumverteilung und die Ausarbeitung der Verfassunggebenden Versammlung haben begonnen. Sie haben zu einem grundlegenden Konflikt zwischen der nationalen Regierung und den Bezirksvorstehern (Präfekten) der im östlichen Tiefland gelegenen Regierungsbezirke, die sich zusammen mit den „Bürgerkomitees“, Großgrundbesitzern, Viehzüchtern und Unternehmern gegen die Veränderungen wehren, herbeigeführt. Der Gegensatz zwischen dem armen indianischen Hochland und dem reichen, von Europäern und Mestizen geprägten Tiefland verfestigt sich. Die Tieflandbezirke, allen voran der Bezirk von Santa Cruz, fordern Autonomie und die alleinige Kontrolle über Land und Rohstoffe wie Gas, Wasser und Wald. So kam es zu einer starken gesellschaftlichen Polarisierung und grundlegenden Konflikten zwischen den sozialen und politischen Gruppen des Landes. Hier spielen die ethnischen Zugehörigkeiten zu den „indigenen Armen“ oder zur „europäischstämmigen Oberschicht“ und die Nicht-Anerkennung des indigenen Präsidenten und indigener politischer Teilhabe eine wesentliche Rolle.<sup>16</sup>



Aidé Ortiz Jimenez, Vertreterin der Mojeno-Trinitario

## 8. Konflikte um die Autonomiebestrebungen in Ostbolivien

*„In einer Versammlung haben wir (dann) beschlossen, uns selbst dann nicht an der Abstimmung über die Autonomie von Santa Cruz zu beteiligen, wenn wir gezwungen werden. Es war uns klar, dass wir, wenn wir unsere Rechte als indigenes Volk endlich erlangen wollen, Widerstand gegen das Referendum leisten und für die Einheit Boliviens eintreten müssen.“ (Celso Padilla, Guarani-Organisation APG<sup>17</sup>)*

Einen vorläufigen Höhepunkt fand diese Entwicklung am 4. Mai 2008. An diesem Tag sollte ein Referendum über die Annahme oder Ablehnung der neuen Verfassung Boliviens stattfinden und die Bevölkerung sollte eigentlich darüber abstimmen, ob eine maximale Größe von Landbesitz auf 5000 oder 10.000 ha festgelegt werden solle,

wobei darüber hinausgehende Flächen neu verteilt werden würden. Rubén Costas, der Präfekt von Santa Cruz, rief ebenfalls für den 4. Mai 2008 gemeinsam mit dem Präsidenten des Bürgerkomitees Comité Cívico Pro Santa Cruz, Branco Marinkovic, und der Wahlbehörde des Bezirks zu einem Referendum über die Autonomie dieses größten bolivianischen Bezirks auf.<sup>18</sup> Die Nationale Wahlbehörde suspendierte alle anstehenden Abstimmungen, mit der Begründung, dass Verfahrensformalitäten nicht eingehalten wurden und sie die politische Stabilität gefährden würden. Das Referendum für ein Autonomiestatut des Bezirks Santa Cruz wurde jedoch nicht zurückgezogen. Von der Nationalen Wahlbehörde, der Regierung und der Organisation der Amerikanischen Staaten wird es als illegal bezeichnet. Indigene Organisationen riefen zum Boykott auf, da das Referendum aus ihrer Sicht eine Strategie der Großgrundbesitzer von Santa Cruz ist, die politischen Veränderungen nach der Machtübernahme von Evo Morales nicht anzuerkennen und ihre eigenen Privilegien und Machtansprüche zu sichern.

Bei der Abstimmung kam es offensichtlich zu Wahlbetrug. Bewohner eines Viertels am Stadtrand von Santa Cruz zum Beispiel machten am Morgen des 4. Mai darauf aufmerksam, dass gerade erst aufgestellte Wahlurnen bereits mit Ja-Stimmen gefüllt waren. An vielen Orten kam es zu Straßenschlachten zwischen Kritikern und Anhängern der Autonomie. Zahlreiche Wahlurnen wurden verbrannt. Nach Angaben der Befürworter wurde die Autonomie von 85,56 Prozent der Teilnehmer des Referendums befürwortet. Die indianische Dachorganisation CIDOB argumentiert dagegen, dass sich mit 56,31 Prozent mehr als die Hälfte der Einwohner des Bezirks nicht an der Abstimmung beteiligt und dadurch ihrer Ablehnung Ausdruck gegeben hätten. Somit gebe das Ergebnis nicht die Wünsche der Bevölkerungsmehrheit von Santa Cruz wieder. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission

(CIDH) äußerte große Besorgnis über die deutlich zutage tretende Polarisierung der bolivianischen Gesellschaft.



*Adolfo Chávez, Präsident des Dachverbands CIDOB mit*

verloren. Jetzt ging es am 14. Januar 2008 wieder los. Wir konnten nur ganz wenige Tiere retten. Wir leben nur von Fisch und leiden unter der schlechten Nahrungsmittellage. Viele der 240 Familien müssen in Zelten oder unter Bäumen wohnen, da ihre Häuser davon geschwemmt wurden. Von der Regierung des Departments Beni bekommen wir keinerlei Hilfe, weil wir nicht mit ihren Autonomie-Bestrebungen einverstanden sind. Wir sind Feinde für sie, und sie schlagen uns die Tür vor der Nase zu, wenn wir sie um Unterstützung bitten. 'Fragt doch Euren Indio-Präsidenten!' sagen sie nur. Es kommen Kameras, um unser Schicksal zu filmen, aber es kommt keine Hilfe. Niemanden interessiert, was bei uns los ist!<sup>19</sup>

Aidé Ortiz Jimenez gehört den Mojeno-Trinitario an. Sie vertritt eine Gruppe von fünf indigenen Gemeinden mit etwa 1200 Menschen. Aidé schildert, wie sich die politische Polarisierung und der Konflikt um die Autonomie-Statuten im Department Beni bei den Mojeno-Trinitario auswirken. Aufgrund der Entwaldung durch Agrarbetriebe und ihrer Monokulturen von Soja und Zuckerrohr in der Region sowie den Folgen des Klimawandels, ist ihre Gruppe von den Überschwemmungen besonders betroffen: „Die starken Regenfälle und das Hochwasser haben uns in Beni große Zerstörung gebracht. Vor zwei Jahren haben wir das schon einmal erlebt und unsere Ernte

## 9. Verfassunggebende Versammlung

*„Wir indigenen Völker sind eine politische Kraft des Landes. Wir haben viel Arbeit in die verfassunggebende Versammlung gesteckt. Ich bin frustriert, weil der Prozess jetzt stagniert. Neue Referenden kommen auf die nationale Agenda, ohne dass der Verfassungsprozess zu Ende geführt wird.“*  
*Nélida Faldín, Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung und der indigenen Dachorganisation CIDOB<sup>20)</sup>*

Unter starker Beteiligung der indigenen Organisationen nahm die Verfassunggebende Versammlung im August 2006 mit 255 Mitgliedern in der Hauptstadt Sucre ihre Arbeit auf, um der von Morales zugesicherten „Neugründung Boliviens“ mittels einer neuen Verfassung eine Basis zu geben. Damit wurde eine alte Forderung, die seit den ersten großen indigenen Protestmärschen von 1990 besteht, erfüllt. Doch die Versammlung geriet immer wieder in Krisen, wurde wiederholt mit Gewalt davon abgehalten zu tagen und unterbrach mehrmals ihre Arbeit.<sup>21</sup> Das eigentlich auf ein Jahr festgelegte Mandat wurde bis Dezember 2007 verlängert. Am 9.12. 2007 verabschiedete die Regierungspartei zwar den Verfassungsentwurf, allerdings unter Verweigerung der Opposition, so dass die im Einberufungsgesetz festgelegte 2/3-Mehrheit der Delegierten nicht erreicht werden konnte.<sup>22</sup> Folglich zweifelt die Opposition die Legitimität des Abstimmungsprozesses an. Nun soll das bolivianische Volk über die neue Verfassung abstimmen und sie legitimieren. Wann dies geschehen wird ist noch ungewiss. Für Roberto Aguilar Gómez, Vizepräsident der Verfassunggebenden Versammlung, sind die Autonomiebestrebungen der Opposition ein Versuch, die neue Verfassung zum Scheitern zu bringen. Die Strategie ist schon daran erkennbar, dass die im östlichen Tiefland gelegenen Bezirke Beni, Pando, Santa Cruz und Tarija die einzelnen Phasen ihres Autonomieprozesses zeitgleich mit denen der verfassunggebenden Versammlung organisierten: „Die Verfassung wird von den Autonomiebestrebungen der Bezirke gebremst. Nach meiner persönlichen Meinung ist es unter den derzeitigen Bedingungen nicht möglich, das Referendum zur Verfassung durchzuführen. Wenn sich jetzt eine Region wie Santa Cruz autonom erklärt und weitere östliche Provinzen folgen, werden sie Veränderungen in der Verfassung durchführen wollen. Deshalb brauchen wir einen Dialog. Sie können ihre Autonomie-Statuten nicht ohne verfassungsrechtliche Basis einführen. Andererseits kann die Verfassung nicht eingeführt werden, ohne die Autonomieprozesse zu berücksichtigen. Ohne Dialog und Ausgleich zu schaffen, kann es gefährlich und konfliktreich werden. Es kann die neue Verfassung zunichte machen.“<sup>23</sup>

Der Text der neuen Verfassung gibt den indigenen Völkern Boliviens umfassende Rechte. Er erkennt die 36 indigenen Nationalitäten<sup>24</sup> und ihr Recht auf ihre jeweils eigene kulturelle Identität, auf ihre Kulturen und Werte, ihr eigenes Justizsystem, ein interkulturelles Bildungssystem sowie ihr Recht auf Land und Rohstoffe an. Dabei definiert sie indigene Völker als diejenigen, die „kulturelle Identität, Sprache, Land, Traditionen, Geschichte, Institutionen und Weltanschauung teilen und bereits vor der spanischen kolonialen Invasion existierten.“<sup>25</sup> Die Sprachen der indigenen Völker sind im Verfassungsentwurf als offizielle Sprachen definiert. Ihre soziale, politische und wirtschaftliche Organisation werden gleichwertig zu den heute dominanten Formen anerkannt. Auch die indigenen Grundideen der Solidarität, Gegenseitigkeit und des Sich-gegenseitig-Ergänzens haben Eingang in die neue Verfassung gefunden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Aufwertung und Legalisierung der heiligen Pflanze Coca. Coca kann zu zahlreichen legalen Produkten wie Tee oder Zahnpasta verarbeitet werden. Es ist nicht mit Kokain gleichzusetzen. Die Coca-Frage der ist vor allem durch die militärische Invasion der USA, die Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre in ihren Drogenkriegen Kokafelder vernichtete und die Kokabauern bekämpfte, brisant geworden. Die traditionelle Verwendung der Pflanze, ihre industrielle Verarbeitung zu verschiedenen Produkten und der Handel mit der Pflanze sollen nun gefördert werden.<sup>26</sup>

Die CIDOB steht entschieden hinter der neuen Verfassung und sieht es aktuell als eines der wichtigsten Ziele, dass der Prozess weitergeführt wird: „Wir haben die Verfassunggebende Versammlung durchgesetzt, wir, die indigenen Völker. Das dürfen wir nicht vergessen. Einmal mehr müssen wir auf die Straße, denn die Opposition will, dass die Verfassung scheitert. Ein Jahr und sechs Monate haben wir daran gearbeitet. Es ist unsere Verfassung, es sind unsere Rechte, und wir werden sie verteidigen!“ (Adolfo Chávez, CIDOB-Präsident<sup>27</sup>)

## 10. Indigene Autonomie und Landrechte

*„Die indigene Autonomie ist ein Bestandteil der neuen Verfassung des Staates...Es gibt viele Völker, die bereits autonom geworden sind, und sogar während der Kolonialzeit und während der Zeit der Republik ihre traditionellen Würdenträger, ihr eigenes politisches System, ihre Entscheidungsprozesse sowie ihren Umgang mit den natürlichen Ressourcen etc. aufrecht erhalten konnten. Die Regierung stärkt, vertieft und anerkennt diese Autonomien.“ (Sacha Llorenti, Vizeminister für die Koordination mit den sozialen Bewegungen<sup>28</sup>)*

In den Debatten der Verfassunggebenden Versammlung hat die Frage der indigenen Autonomie von allen Punkten den stärksten Widerspruch der Opposition hervorgerufen. In Anlehnung an die UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker beinhaltet die neue Verfassung die „Selbstbestimmung [der indigenen Völker] im Rahmen der Einheit des Staates, die in ihrem Recht auf Autonomie, auf autonome Regierung, auf eigene Kultur, auf Anerkennung ihrer Institutionen und Gewährleistung ihrer territorialen Einheiten“ (Artikel 2). Die indigenen Institutionen, politischen und sozialen Organisationsformen sind somit ausdrücklich Teil der Struktur des Staates. Gleichzeitig wird das indigene Wissen in die offizielle staatliche Politik wie im Gesundheits- und Bildungsbereich integriert.

Im Bezirk von Oruro wurden die traditionellen Formen politischer Organisation der Aymara und Uro wieder belebt bzw. verstärkt und mit den staatlichen Stellen gekoppelt. Das Ayllus als politische Einheit der Aymara und die traditionellen politischen Führungspersonlichkeiten (Autoridades originarios) werden nun offiziell anerkannt.

Das Land ist in Bolivien extrem ungleich verteilt. So gehört 90 Prozent der v.a. indigenen Familien nur 10 Prozent des Landes, während 90 Prozent des Landes in den Händen von Großgrundbesitzern ist. Nach Angaben der staatlichen Behörde für Agrarreform INRA (Instituto Nacional de Reforma Agraria) sind 35 Familien in Besitz von Flächen, deren Größen zwischen 15.000 und 290.000 ha liegen. Der Zugang zu Land und Rohstoffen und Anerkennung ihrer Landtitel ist eine zentrale Forderung der indigenen Organisationen des Tieflands. „Heute sind diese historischen Forderungen nach Anerkennung und Mitbestimmung in Bolivien Teil der neuen politischen Verfassung. Leider werden sie jedoch von den alten korrupten Eliten abgelehnt. Diese stellen sich gegen Untersuchungen über ihr Vermögen, gegen eine Landreform und gegen die Förderung von biologischer Landwirtschaft. Sie haben sich zu Zeiten der Diktatur mit Tausenden von Hektar Land bereichert. Etwa 35 Familien sind im Besitz von 50 Millionen Hektar Land. Das muss sich ändern.“ (Walter Prudencio Magne Veliz, erster indigener bolivianischer Botschafter in Deutschland<sup>29</sup>)

Im Hochland hat die Agrarreform unter Präsident Paz Estenssoro 1953 dazu geführt, dass es weniger Großgrundbesitz gibt. Den indigenen Bauern gehören aufgrund der Erbteilung meist nur kleine Landgebiete, die „minifundios“ (1 ha pro Familie). Im Tiefland dagegen drangen Mitte des 19. Jahrhunderts verstärkt Kautschukproduzenten, Großgrundbesitzer, Viehzüchter und schließlich Agrar- und Forstbetriebe in indianisches Land vor, das sie sich oftmals illegal aneigneten. Die indigenen Völker, die zuvor vom Jagen, Sammeln und Fischen gelebt

hatten, wurden vertrieben oder zu Arbeitskräften der Großgrundbesitzer gemacht. Anschließend an den Kautschukboom kam es nach dem 2. Weltkrieg zu einer neuen Einwanderungswelle mit Europäern. Zur Zeit der Diktaturen in Bolivien eigneten sich diese zudem große Teile des indigenen Landes einfach an, ohne dass es darüber eine Kontrolle gegeben hätte. Die Zuwanderung von Siedlern anderer indigener Gruppen, die seit den 1960er Jahren aus dem Hochland ins Tiefland gekommen sind, hat zu weiteren Landkonflikten geführt.

Mit der Agrarreform von 1996 wurde von der Regierung Sanchez de Lozada die Kategorie des „Gemeinschaftlichen indigenen Landbesitzes“ (TCO - Tierras Comunitaria de Origen) eingeführt, d.h. offiziell und rechtlich anerkannter indigener Gebiete. Jedoch blieb die Umsetzung der Reform, mittels der kollektiver Landbesitz und nachhaltiger Umgang mit Ressourcen der indigenen Völker anerkannt und Landtitel vergeben werden sollten, zunächst jedoch weitestgehend aus.<sup>30</sup>

Nach der aktuellen Agrar- und Landreform (der Gesetze Nummer 3545 und 2915), die die Morales-Regierung im November 2006 verabschiedet hat, sollen nun illegal angeeignete Ländereien zurückgegeben werden und der kollektive Landbesitz der indigenen Völker gefördert werden. Zahlreiche indigene Gemeinden fordern ihre ursprünglichen Gebiete zurück. Als erstes soll jener Teil des Großgrundbesitzes verteilt werden, der brach liegt und nur zu Spekulationszwecken gehalten wird. Insbesondere in den Bezirken Santa Cruz, Tarija und Beni kam es darüber zu heftigen Konflikten mit den Großgrundbesitzern, die sich gegen die Teilenteignung wehren.

Für die Umsetzung der Agrarreform zuständig ist die Behörde INRA (Instituto Nacional de Reforma Agraria). Die jedoch bleibt nach Einschätzung von Carlos Echegoyen, Mitarbeiter des Deutschen Entwicklungsdienstes DED in der Nichtregierungs-Organisation CEJIS in Santa Cruz, vor allem dort untätig, wo es sich widersprechende Interessen gibt. „Die Vertreter der INRA gehen in solche Gebiete meist gar nicht erst rein. Sie haben zu viel Angst. Außerdem sagen sie, sie hätten kein Geld und bitten den DED um die Finanzierung ihrer Fahrzeuge. Währenddessen gehen weitere Betriebe in diese Gebiete und nehmen sich Land.“ Echegoyen berichtet von den Konsequenzen, die die Forderung nach der Zuteilung von Land (TCO) in der Chiquitanía, dem Gebiet der Chiquitano im Bezirk von Santa Cruz, hatte. Im Dezember 2006 kam es dort zu schweren Übergriffen auf Führungspersonlichkeiten der indigenen Organisationen und einer Serie von Anschlägen, bei denen die Büros der Chiquitano-Organisation OICH, Privathäuser sowie ihre Fahrzeuge in San Raphael, San Javier, San Ramón, Guarayos und San Julián zerstört wurden.

Auf Grundlage der Agrar-Gesetzgebung haben indigenen Völker nach Angaben der INRA zwischen 1996 und 2007 Landrechtstitel über 11 Millionen Hektar bekommen, von denen 3,4 Mio. ha im Hochland und 7,6 Mio. ha im Tiefland liegen.

Die Chiquitano in Santa Cruz erhielten im Juli 2007 Landtitel über drei Millionen Hektar. Nach 12 Jahren heftiger Auseinandersetzungen und wiederholter Bedrohungen durch regionale Politiker, Großgrundbesitzer, Minenkonzerne und Holzfäller haben sie auch das eine Million Hektar große Gebiet von Monte Verde zugesprochen bekommen, das zuvor beinahe zur Hälfte illegal als Großgrundbesitz genutzt wurde und über das drei Konzessionen sind an Waldabholzungsgesellschaften vergeben worden

Viele indigene Vertreterinnen und Vertreter betonten, dass der Prozess der Agrarreform zügig weitergeführt werden müsse. So fordert Ernesto Sánchez, Vizepräsident der Indigenenorganisation Central de Pueblos Etnicos Mojenos del Beni (CPEMB) aus dem Tieflandbezirk Beni, dass sich die INRA nicht durch die Autonomiebestrebungen dieses Bezirkes im Osten Boliviens von ihren Aufgaben abhalten lassen dürfe: „Der Prozess der Ausweisung und Sanierung unserer Gebiete, der 1990 mit unserem ‘Marsch für Land und Würde’ von Trinidad in die Hauptstadt begonnen hat, muss dieses Jahr endlich abgeschlossen werden.“<sup>31</sup>

## 11. Die Spaltung der Guarayo

*„Ohne Land kann es keine indigene Selbstverwaltung geben.“ (Elida Urapuca, Präsidentin der Guarayo-Organisation COPNAG<sup>32</sup>)*

Traditionell haben die 20.000 Guarayo im Bezirk Santa Cruz vom Fischen, Jagen und Sammeln gelebt sowie Bananen und Grapefruit, Reis und Sonnenblumen angebaut. Doch nach einer Erhebung des Ministeriums für ländliche Entwicklung haben sie 27.000 ha verloren. Kein anderer als der Großgrundbesitzer Branco Marinkovic, der einer der einflussreichen politischen Akteure und Wortführer zur Durchsetzung der Autonomie dieses Bezirkes ist, hat ihr Land in Besitz genommen. Er ist, Vorsitzender des Bürgerkomitees „Pro Santa Cruz“. Seit 1999 fordern die Guarayo die kollektiven Besitztitel für ihr traditionelles Gebiet, einer TCO mit einer Fläche von 2,5 Mio. ha. Doch nun haben Marinkovic und sein Bürgerkomitee es erfolgreich geschafft, die Gemeinschaft zu spalten. 2006 hat die vorhergehende Guarayo-Führung 400.000 ha des gemeinschaftlichen Landes für 1,1 Mio. Dollar an ausländische Investoren verkauft. Daraufhin hat die Gemeinschaft sie 2006 ihrer Ämter enthoben und Elida Urapuca zur neuen Präsidentin ihrer Selbstvertretung Central de Organizaciones de los Pueblos Nativos Guarayo (COPNAG) gewählt.



*Elida Urapuca, Präsidentin der Guarayo-Organisation COPNAG*

Das Bürgerkomitee „Pro Santa Cruz“ konnte diese alte, von ihrer Gemeinschaft abgesetzte Führung der Guarayo jetzt auf ihre Seite bringen und nutzt sie bei Veranstaltungen und Fernsehsendungen als vermeintliche Stimme der Indianer, die sich im Sinne der Autonomie von Santa Cruz äußert und sich von den allseits respektierten eigentlichen Organisationen, wie der CIDOB und der COPNAG distanziert. Auf diese Weise ist es gelungen, parallele und sich widerstreitende Strukturen bei den Guarayo aufzubauen, um ihre politischen Forderungen und Landansprüche zu relativieren.

Innerhalb dieser gespaltenen Gemeinschaft hat Elida Urapuca als Führungspersönlichkeit keine leichte Aufgabe. Die Vertreter der abgesetzten alten Führung erkennen sie als neue Präsidentin nicht an und diskriminieren sie als junge und zudem unverheiratete Frau. Doch Elida Urapuca stützt sich auf die Basis ihrer Gemeinschaft, die hinter ihr steht. Sie zeigt sich kämpferisch und hoffnungsvoll: „Der 4. Mai hat uns gezeigt, dass wir indigene Völker nicht allein sind in unserem Kampf. In Guarayos haben wir gewonnen, denn kaum jemand hat an der Abstimmung über die Autonomie teilgenommen. Wir haben politisches Bewusstsein entwickelt und machen politische Arbeit. Doch wir sind gespalten worden und bedauern es, dass sich Guarayo-Geschwister aus ihrer Notlage heraus an die Cívicos<sup>33</sup> verkauft haben. Erst bezeichneten sie uns als Kommunisten, als MASisten<sup>34</sup>, nun sprechen sie von uns, als wären wir Kriminelle. Aber wir machen weiter! Wir werden dafür kämpfen, dass das Tiefland frei und Bolivien nicht weiter gespalten wird und dafür, dass wir nicht weiter gespalten werden. Wir werden für unsere Kinder kämpfen und ihnen Macht geben. Die Gesetze dafür gibt es schon: Die ILO Konvention 169, die Allgemeine Erklärung der Vereinten Nationen für die Rechte indigener Völker und unsere Gesetzesartikel 1257 und 3760. Jetzt müssen wir für ihre Umsetzung kämpfen. Dieser „Indio“, wie sie ihn [Evo Morales] nennen, ist gerade mal zwei Jahre an der Macht. Wir werden zur Angriffsfläche, weil wir uns eine Regierung erstmalig in die Staatspolitik integriert. Wir werden bedroht und unter Druck gesetzt. Aber wir machen weiter, denn es ist ein historischer Moment für Bolivien. Es ist ein Prozess der Wandels, und wir indigenen Völker Boliviens sind die Mehrheit!“<sup>35</sup>

## 12. Die Versklavung der Guarani

*„Viele Guarani müssen auf dem Land ihrer „Herren und Besitzer“ leben. Es gibt 12 Gemeinden in Gefangenschaft, die unter der Versklavung leiden. Jetzt müssen wir Entscheidungen treffen und gemeinsam handeln! Wir müssen unsere versklavten Geschwister befreien!“ (Celso Padilla, Vertreter der Guarani-Organisation APG<sup>36</sup>)*

*„Zum ersten Mal nimmt der Staat dieses Thema ernst. Er wird 180.000 Hektar Land enteignen, um es unter den Guarani aufzuteilen. Und das wird zu einer Reaktion der Farmer führen. (Sacha Llorenti, Vizeminister für die Koordination mit den sozialen Bewegungen<sup>37</sup>)*

Im Chaco (in den Tieflandbezirken Santa Cruz, Chuquisaca und Tarija) haben die Guarani seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mehr als 10 Millionen ha ihres etwa 13 Millionen ha umfassenden Gebiets an Großgrundbesitzer verloren. Die Landlosigkeit hat dazu geführt, dass bis heute zwischen 5.100 und 7.200 Angehörige von Guarani-Familien und Gemeinden unter sklavenähnlichen Bedingungen leben und als Arbeiter von denjenigen abhängig sind, die sich ihr Land angeeignet haben. Sie arbeiten oft mehr als 12 Stunden täglich auf ihrem ehemaligen Land, das in landwirtschaftliche Farmen umgewandelt wurde. Dabei werden sie von ihren „Herren“ misshandelt, manchmal mit der Peitsche geschlagen, oder es werden Tiere und Anbauflächen, die ihnen geblieben waren, in Brand gesetzt. Sie bekommen Kleidung und Essen zugeteilt und werden für ihre Arbeit sehr gering oder gar nicht bezahlt. In der Provinz Alto Parapetí werden sogar Kinder zur Arbeit gezwungen.

Seit Ende der 1990er Jahre wurden diese feudalistischen Strukturen in Bolivien von Nichtregierungsorganisationen und Teilen der Kirche bekannt gemacht. Doch der Antrag auf die Anerkennung ihres Landes ist mehr als 10 Jahre unbearbeitet geblieben, und erst jetzt wird der Fall ernst genommen und verfolgt. Die heutige katholische Kirche unter dem Erzbischof von Santa Cruz, Kardinal Julio Terrazas, bestreitet ihrerseits die Existenz der Sklaverei und fordert Beweise.

Die Guarani-Organisation Asamblea del Pueblo Guarani APG hat sich an die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) gewandt, um die Rechte dieser Familien und Gemeinden auf Land und Freiheit einzuklagen. Präsident Morales hat den Fall zur Angelegenheit mit nationaler Priorität erklärt. Das Parlament hat den Gesetzesartikel 29292 gegen Zwangsarbeit, Knechtschaft und andere Formen von Sklaverei verabschiedet, dessen Paragraph 6 sich direkt auf die Guarani bezieht. Morales hat einen Ausschuss aus Mitgliedern von fünf Ministerien und Vertretern von acht internationalen Organisationen, darunter die Internationale Arbeitsorganisation ILO, NGOs und Guarani-Organisationen gebildet, mit dessen Hilfe die Voraussetzungen für ein Leben der Guarani in Freiheit geschaffen werden sollen. Auf ihrem 180.000 ha großen traditionellen Land in Huacareta, im Bezirk Chuquisaca im Chaco wird heute vor allem Viehzucht betrieben. Auf der Grundlage des im November 2007 verabschiedeten Dekrets 29354 hat der Staat das Recht, das Land in diesem Gebiet zu enteignen und an die legitimen ursprünglichen Besitzer zurück zu verteilen. „Unsere Selbstbestimmung ist nur zu erreichen, wenn wir Zugang zu Land bekommen!“, betont Celso Padilla, Vertreter der Guarani-Organisation APG.

Am 25. April 2008 rief die IACHR den bolivianischen Staat auf, unverzüglich Maßnahmen zur Beendigung der Sklaverei bei den Guarani zu ergreifen, die Agrarreform umzusetzen und alle Hindernisse zu überwinden, die dem Zugang zu Land und Territorium im Wege stehen. Bereits im Oktober und November 2006 hatte sie sich vor Ort ein Bild von der Situation gemacht und den Staat zur unmittelbaren Umsetzung des Gesetzes 3545

aufgefordert. Am 12. Juni 2008 legte die IACHR einen neuen Bericht vor, in dem sie die „Bedingungen vergleichbar der Sklaverei“ und die extreme Armut der Guaraní bestätigt. Die Situation sei „eine extreme Erscheinungsform der Diskriminierung, unter der die indigenen Völker und bäuerlichen Gemeinschaften in Bolivien in der Geschichte gelitten haben und bis heute leiden.“ Die Menschenrechtskommission unterstreicht dabei besonders,



*Celso Padilla, Vertreter der Guaraní, auf der Versammlung der CIDOB*

dass durch die beinahe totale Abwesenheit des Staates und das unwirksame Handeln der örtlichen Behörden die Verantwortlichen für diese Situation nicht zur Rechenschaft gezogen werden. „Diese Straflosigkeit führt zur Wiederholung von Praktiken, die mit den Menschenrechten unvereinbar sind.“ Sie betont erneut, dass die bolivianische Regierung in der Region institutionell präsent sein muss, um die fundamentalen Menschenrechte der indigenen Gemeinschaften zu gewährleisten. Die IACHR erkennt in ihrem Bericht die Bemühungen der Regierung an, einen Sanierungsprozess der durch Rinderzucht und Landwirtschaft geschädigten Ländereien des Chaco im Rahmen der Agrarreform durchzuführen. Die Anwendung der Agrarreformgesetze „stößt jedoch auf Hindernisse seitens verschiedener politischer und wirtschaftlicher Sektoren, die sich gegen die Umsetzung der Gesetze in der betreffenden Region zur Wehr setzt. Dabei haben sie Gewalt angewendet, durch die Personen schwer verletzt wurden und sich Entführung und Folter schuldig gemacht.“<sup>38</sup> Damit verweist die IACHR auf die Gewalt gegen Angehörige indigener Völker, Menschenrechtler, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Journalisten und Regierungsvertreter der Agrarbehörde INRA, mit der Großgrundbesitzer in Unterstützung der Bezirksvorsteher und Bürgerkomitees von Santa Cruz auf die Klage der Guarani und die Vorbereitung des Sanierungsprozesses

reagiert haben. Seit Ende Februar 2008 kommt es in der Provinz La Cordillera, im Verwaltungsbezirk Santa Cruz zu Gewaltanwendung mit Waffen, Steinen und Knüppeln durch Großgrundbesitzer wie zum Beispiel Ronald Larsen, einem US-Staatsbürger, der hier 50.000 ha Land besitzt.

Die Guaraní-Organisation APG äußerte sich enttäuscht über das Versäumnis der bolivianische Regierung, ihr Versprechen auf Abschaffung der Sklaverei bei den Guarani in die Tat umzusetzen und nahm das Erscheinen des Berichts der IACHR zum Anlass für eine Beschwerde bei der Organisation der Amerikanischen Staaten.

In der Nähe der Stadt Camiri, in der Provinz La Cordillera kam es im Auftrag der Rinderzüchter und Großgrundbesitzer wiederholt zu Überfällen bewaffneter Gruppen auf Angehörige des staatlichen Instituts zur Umsetzung der Agrarreform INRA, die zur Klärung der Landfrage in die Region gekommen waren: Die regionale Niederlassung der INRA-Behörde wurde von einer bewaffneten Gruppe umstellt und die INRA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter wurden vertrieben. Hochrangige Vertreter der INRA wurden bei ihrer Fahrt in die Region festgesetzt und stundenlang unter Waffengewalt von Viehzüchtern festgehalten. Die Ministerin für Ländliche Entwicklung, Susana Rivero wurde in ihrem Hotel aufgesucht und zur Ausreise aus der Region gezwungen. Bewaffnete „Verteidigungskomitees“ patrouillieren in der Region und verüben Überfälle auf Guaraní. Bei einem Überfall Ende Februar wurden der Vizeminister für Landfragen, Alejandro Almaraz, der Direktor der INRA, Juan Carlos Rojas und Angehörige der Guaraní gefangen genommen und mit dem Tode bedroht. Ihre Autos wurden beschossen. Bei einem weiteren Überfall der Unión Juvenil Cruzenista und von Viehzüchtern aus Cuevo (Nähe Camiri) auf eine Gruppe von Guaraní am 13. April 2008 wurden mehr als 50 Menschen verletzt.

Celso Padilla, Vertreter der Asamblea del Pueblo Guaraní (APG) schildert: „22 Tage vor dem Referendum hat die rechtsextreme Jugendunion Juvenil Crucenista uns in Camiri auf unserem Territorium aufgelauert und überfallen. Die Prefekten, die rechten Parteien und die Bürgerkomitees organisieren Schlägertrupps gegen das Volk der Guaraní. Der Überfall geschah am 13. April, und es gab mehr als 50 Verletzte, außerdem Gefangene und Verschwundene. Unsere Autos wurden zerstört und unsere Sachen gestohlen. Wir haben einen Monat der Verfolgung hinter uns und sind dankbar für die Unterstützung der anderen indigenen Völker.“<sup>39</sup>

## 13. Der Rohstoffreichtum des Landes

Bolivien ist reich an natürlichen Rohstoffen wie Silber, Zink, Gold und Blei im Hochland der Anden und Erdgas im Tiefland. Ihre Ausbeutung hat zu starken Umweltschäden und gravierenden gesundheitlichen Problemen in indigenen Gebieten geführt. Obwohl Bolivien die ILO Konvention 169 schon 1991 ratifizierte, setzt es das darin enthaltene verbindliche Regelwerk nicht durch, das vor dem Beginn von Rohstoffabbau die ausführliche Information, Befragung und Einverständniserklärung der betroffenen indigenen Völker festschreibt. Es gab kaum sozio-ökologische Verträglichkeitsprüfungen oder angemessene Wiedergutmachungszahlungen. Es mangelt deutlich an staatlicher Kontrolle der Rohstoffausbeutung durch transnationale Konzerne, darunter viele brasilianische, chilenische und peruanische Unternehmen. Symptomatisch hierfür ist, dass mir der für die Wasserversorgung zuständige Vizeminister keine Auskunft über Wasserverseuchung in indigenen Gebieten geben konnte: Diese Informationen lägen ihm noch nicht vor. Grundsätzlich ist der Zugang zu sauberem Trinkwasser ein gesetzlich verankertes Recht der indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften. Dieses Recht wird jedoch immer wieder verletzt, wie die starke Vergiftung des Wassers in vielen Bergbaugebieten des Hochlands und Projekte wie der Staudamm El Bala am Beni-Fluss zeigen, das für die Indigenen des Reservats Pilon Lajas Überflutung und Zwangsumsiedlung bedeutet hat.

Im Chaco und im Amazonasgebiet hat der Bau der Gaspipeline San Miguel-Cuaibá zwischen Bolivien und Brasilien zur Zerstörung großer Waldgebiete der Chicitano geführt und ihr Gebiet für Siedler geöffnet. Die Guaraní in den TCOs von Itika Guasu in Tarija und Tentayapi in Chuquisaca werden durch die Ausbeutung von Gasfeldern wie dem von „Campo Margarita“, eines der größten des Landes, in Mitleidenschaft gezogen. Auch in den indigenen Gebieten Yaminahua-Machinery, Guarayo und Monte wurden mehr als 25 Konzessionen an Forstunternehmen vergeben, ohne dass die Auflagen der ILO 169 eingehalten wurden. Im Amazonasgebiet kommt es zudem zu umfangreicher illegaler Abholzung.

In den Hochland-Bezirken von Potosí und Oruro sind Böden und Wasser in indigenen Regionen durch den Bergbau, bei dem hochgiftige Substanzen zum Einsatz kommen, verseucht. Besonders betroffen sind der Fluss Desaguadero und die Seen Poopó und Uru Uru im Department Oruro. Hier lebt neben den Aymará und Quechua auch das alte indigene Volk der Uru. Sie können aufgrund der Vergiftung in vielen Gewässern ihren traditionellen Fischfang nicht mehr praktizieren.

## 14. Kleine isolierte Völker sind besonders gefährdet

Indigene Völker mit wenigen Angehörigen sind besonders verletzlich und brauchen daher besonderen Schutz ihrer Rechte. In Bolivien betrifft dies vor allem die Uru im Hochland und die Tsimane, die Leco, die Yuqui, die Pacahuara und die Ayoreo im Tiefland. Sie haben keine gesicherten Landtitel und sind daher abhängig von der Toleranz und dem Respekt der Gruppen, in deren Gebiet sie sich aufhalten.

Die Pacahuara leben in freiwilliger Isolation nahe der brasilianischen Grenze. Sie sind von einem gigantischen brasilianischen Staudamm-Projekt am Madeira-Fluss bedroht. Eine der vier Staumauern dieses Mega-Projekts ist auf bolivianischer Seite, zwei auf brasilianischer und eine im Grenzgebiet geplant. Ebenso in freiwilliger Isolation leben die Totomona. Ihr traditionelles Gebiet inmitten des Nationalparks Madidi im Amazonasgebiet wurde 2006 von der Regierung zur „unantastbaren Zone“ erklärt, um ihren besonderen Schutz zu gewährleisten.

Auch die Ayoreo und die Yuqui in Santa Cruz haben lange in freiwilliger Isolation gelebt. Sie wurden 1967 durch nordamerikanische evangelikaler Missionare erstmalig kontaktiert. In den 1980er Jahren kam es wiederholt zu Massakern an den Yuqui durch Siedler. Außerdem litten sie unter Krankheiten, Epidemien und Zwangsmissionierung. Heute leben die nur noch 150 Angehörige zählenden Yuqui in einem multiethnischen Gebiet des Verwaltungsbezirks Cochabamba, in das sie umgesiedelt wurden. Auch hier leiden sie unter Diskriminierung und Landkonflikten mit Siedlern.<sup>40</sup>

Deshalb hat eine Regierungskommission einen Notfall-Plan für das Volk der Yuqui ausgearbeitet. Diese Kommission wurde im Zuge eines Vertrages über den speziellen Schutz und die Anerkennung von Land und Rohstoffen der besonders verletzlichen indigenen Völker gebildet, den der indianische Dachverband CIDOB im April 2007 mit der Regierung unterzeichnet hat.

## 15. Rassismus und Gewalt

In der Hauptstadt Sucre, Department Chucisaca, kam es am 24. Mai zu rassistischer Diskriminierung und Gewalt. Eine Gruppe der Opposition attackierte Indigene, die an einer Veranstaltung mit Präsident Morales teilnehmen wollten, mit Steinen, Stöcken und Tritten. Mehr als 20 Menschen erlitten schwere Verletzungen. Die Angreifer demütigten ihre Opfer zusätzlich, indem sie ihnen die Kleidung wegnahmen und sie zwangen, vor ihnen auf Knien zu rutschen. Auch ihre Dokumente und ihr Geld wurden ihnen gestohlen. Anwesende Sicherheitskräfte wurden ebenfalls attackiert und hatten daraufhin den Ort des Geschehens verlassen. Die Veranstaltung wurde erfolgreich verhindert. Morales sagte seinen Auftritt wegen des Widerstands der Opposition ab.

Diese Geschehnisse in Sucre machen auf erschreckende Weise deutlich, dass es Gruppen innerhalb der Opposition gibt, die dem Streben der indigenen Völker Boliviens nach Mitbestimmung und der Tatsache, dass sie von einem indigenen Präsidenten regiert werden, mit Gewalt begegnen. Sie zeigen, wie die traditionelle Oligarchie ihren Macht- und Überlegenheitsanspruch nicht aufgeben will. Der Glaube an die eigene ethnische Überlegenheit und die Abwertung der indigenen Völker durchziehen alle Debatten der zivilen und politischen Handlungsträger der Opposition in den östlichen Verwaltungsbezirken. In den Privatmedien unter Kontrolle der Oberschicht wird einseitig, manipulierend und aufhetzend über die indigenen Völker und ihre politischen und kulturellen Aktivitäten berichtet. Wiederholt kam es zu verbalen und körperlichen Angriffen auf die indigenen Politikerinnen und Politiker, auf die Vorsitzende der Verfassungsgebenden Versammlung, Silvia Lazarte, und auf andere indigene Führungspersönlichkeiten und Menschenrechtler. In Santa Cruz wurden „schwarze Listen“ mit „Feinden“ in der Stadt aufgehängt, auf denen z.B. die Namen des Präsidenten der CIDOB und anderer indigener Vertreter, aber auch von Menschenrechtlern, die für indigene Rechte eintreten, wie der Leiter der Nichtregierungsorganisation CEJIS, zu lesen sind. In verschiedenen Regionen haben sich Schlägertrupps gebildet. Die rechtsextreme Jugendunion Unión Juvenil Cruzenista, der bewaffnete Arm des Bürgerkommittees „Pro Santa Cruz“ wurde beim Referendum in Beni Anfang Juni zum Einsatz gebracht. Ihre Fahrten nach Beni und ihr dortiger Aufenthalt wurden von den Oppositionsgruppen aus Santa Cruz gesponsert. Im Vorfeld und an den Tagen der Autonomie-Referenden am 4. Mai in Santa Cruz und bei Abstimmungen der Verfassungsgebenden Versammlung und bei der

Untersuchung von Landkonflikten kommt es verstärkt zu Gewalt und Rassismus gegenüber Angehörigen von indigenen Völkern.

Die bolivianische Regierung reagiert darauf im Allgemeinen passiv und ohne Gegengewalt, scheint jedoch dem Ausmaß und der Art der Gewalt hilflos gegenüber zu stehen. Wenn über Vorkommnisse wie in Sucre Untersuchungen eingeleitet werden, so werden sie häufig auf regionaler Ebene ausgebremst. Auch die wiederholten Appelle für Dialog und Verständigung, Toleranz und Achtung der



„Schluss mit dem Rassismus!“

Menschenrechte von Seiten der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und anderer internationaler Institutionen bleiben angesichts der mangelnden Bereitschaft der Opposition wirkungslos. Der bolivianische Vizeminister für soziale Bewegungen, Sacha Llorenti, hat den Prozess in Bolivien mit dem Umbau der Gesellschaft nach Ende der Apartheid in Südafrika verglichen, wobei die bolivianische Regierung der Vision einer umfassenden Veränderung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten folge.<sup>41</sup>

## 16. Fußnoten

- 1 Z.B. mit den indigenen Völkern Uro, Quechua und Aymara im Hochland sowie den Yuracaré, Guarayo, Guaraní und Mojeno. Unter den konsultierten Organisationen waren u.a. die Konföderation der indigenen Völker Boliviens (CIDOB-Conferderación de Pueblos Indígenas de Bolivia), der Nationalverband der Landarbeiterinnen Boliviens (FNMCB-BS-La Federación Nacional de Mujeres Campesinas de Bolivia-Bartolina Sisa), der Gewerkschaftsdachverband der Landarbeiter (Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia (CSUTCB), die Frauenorganisationen AMAK und OMAK.
- 2 Z.B. mit dem Zentrum für juristische und soziale Studien CEJIS und Amazon Conservation.
- 3 Z.B. mit dem Vizepräsidenten der Verfassunggebenden Versammlung Roberto Aguilar Gómez und dem Vizepräsidenten für die Koordination mit den sozialen Bewegungen, Sacha Llorenti.
- 4 Im Juli 2003, boliviansche Botschaft: [www.bolivia.de](http://www.bolivia.de).
- 5 Diese Zahlen beruhen auf dem Zensus von 2001, in dem die Einwohner angeben konnten, welcher Bevölkerungsgruppe sie sich zugehörig fühlen. Aktuelle Erhebungen sprechen davon, dass im Hochland zwischen 64 und 83 Prozent der Menschen sich vor allem zu den beiden größten Völkern der Aymara und Quechua zugehörig fühlen, während sich im Osten zwischen 67 und 80 Prozent der Einwohner als nicht-indigen bezeichnen.
- 6 Vgl. IWGIA 2008.
- 7 Interview mit dem Vizepräsidenten der Verfassunggebenden Versammlung Roberto Ivan Aguilar Gómez, La Paz, 2.05.2008.
- 8 Vgl. Ströbele-Gregor 2006, IWGIA 2008.
- 9 Interview mit Enriqueta Huanto, La Paz, 29.04.2008. Bis 1925 war es der indigenen Bevölkerung verboten, die Plaza Murillo, den zentralen Platz von La Paz, mit ihrem Regierungspalast zu betreten.
- 10 Vgl. Pampuch/Echalar (1998): Bolivien; Mamani Ramírez, Pablo (2004): El rugir de las multitudes.
- 11 Interview mit Elida Urapuca, Santa Cruz, 11.05.2008.
- 12 Die MAS entwickelte sich aus der Gewerkschaftsbewegung der Kokabauern und wurde von Evo Morales gegründet. Vgl., Poma 2007.
- 13 Vgl. Berichte zum sog. „Wasserkrieg“ in Cochabamba, zum Gaskrieg und anderen anderen Beispielen des Neoliberalismus in Bolivien: Schultz, Jim und Melissa Crane Draper (2008): „Desafiando la globalización. Historias de la experiencia boliviana“.
- 14 Rede von Adolfo Chávez Beyuma auf der Versammlung der CIDOB, Santa Cruz, 10.05.2008.
- 15 Rede von Adolfo Chávez Beyuma auf der Versammlung der CIDOB, Santa Cruz, 10.05.2008.
- 16 Gespräch mit Jasivia Gonzales von der NGO Amazon Conservation La Paz, 25.04.2008.
- 17 Rede auf der Versammlung der CIDOB, Santa Cruz, 9.05.2008.
- 18 Es folgten am 4. Juni die Bundesländer Pando und Beni sowie am 22. Juni Tarija.
- 19 Interview mit Aidé Ortiz Jimenez, Santa Cruz, 10.05.2008.
- 20 Rede auf der Versammlung der CIDOB, Santa Cruz, 9.05.2008.
- 21 In Cochabamba wurden im Januar 2007 bei gewaltsam Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Opposition und der Regierung während einer Demonstration zwei Menschen getötet. Im April und Mai 2007 haben die Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung in allen Regionen Boliviens Vorschläge der Zivilgesellschaft für die neue Verfassung entgegen genommen, wobei es in Santa Cruz zu Konflikten kam. Auch die Einführung der „Rente der Würde“ durch die Regierung, nach der die alten Menschen monatlich 200 bolivianos (etwa 20 Euro) erhalten, die aus den Gewinnen der Öl- und Gasexporte stammen, verschärfte die Konflikte in der Verfassunggebenden Versammlung.
- 22 Die meisten Abgeordneten der Opposition waren der Abstimmung ferngeblieben. Bereits im Vorfeld kam es zu einer gewalttätigen Belagerung des Tagungsortes, die öffentlich von der Opposition und den Bürgerkomitees

der östlichen Departments organisiert und finanziert worden war. Die Sitzung wurde auf einen anderen Ort verlegt, dort setzte sich die Gewalt jedoch zwischen Polizei und Blockierern fort und führte zu zwei Toten. Kurz vor der eigentlichen Abstimmung nahm sie einen historischen Konflikt wieder auf, indem sie vorschlug, die etablierte Teilung der Staatsmacht zwischen Sucre (Judikative und Sitz der Verfassungsgebenden Versammlung) und La Paz (Exekutive und Legislative) aufzuheben und beides in Sucre zu vereinen. Damit goss sie Öl ins Feuer des gespannten Verhältnisses zwischen La Paz und Sucre, das auf den historischen militärischen Konflikt des Bürgerkrieges von 1899 zurückgeht. Tagelang hielten Studierende und der rechtsextreme Jugendverband Unión Juvenil Cruzenista aus Santa Cruz für die Opposition in Sucre die Verfassungsgebende Versammlung mit Gewalt vom Theaters Gran Mariscal, dem Sitz der Verfassungsgebenden Versammlung, fern.

23 Interview mit Roberto Ivan Aguilar Gómez, La Paz, 2.05.2008.

24 Erstmals wird zudem das afrobolivianische Volk anerkannt.

25 Vgl. neue Verfassung unter [www.presidencia.gov.bo/asamblea](http://www.presidencia.gov.bo/asamblea).

26 Damit verbunden ist die Forderung an die internationale Staatengemeinschaft, sie zu respektieren und aus dem Betäubungsmittelgesetz von 1961, nach dem der traditionelle Gebrauch, Produktion und Handel mit Koka verboten ist, zu streichen.

27 Mit dieser Betonung widerspricht Chávez dem Begriff der „MAS-Verfassung“, mit der die Opposition die neue Verfassung in den privaten Medien abwertet.

28 Interview mit Sacha Llorenti, Berlin, 6.03.2008.

29 Rede des bolivianischen Botschafters, Göttingen, 21.9.2007.

30 Das Gesetz wurde ursprünglich mit Blick auf das Tiefland konzipiert. Doch nicht allein die Tiefland-, sondern auch die Hochlandbewohner machen vom Anspruch auf ihren kollektiven Landbesitz Gebrauch, mit dem traditionelle politische und kulturelle Institutionen wieder belebt werden können. vgl. Rathgeber, Theo (2004)

31 Interview mit Ernesto Sánchez, Santa Cruz, 11.05.2008

32 Interview mit Elida Urapuca, Santa Cruz, 11.05.2008

33 Vertreter des Bürgerkomitees „Pro Santa Cruz“

34 Angehörige der Regierungspartei

35 Interview mit Elida Urapuca, Santa Cruz, 11.05.2008

36 Rede von Celso Padilla auf der Versammlung der CIDOB, Santa Cruz, 9.05.2008

37 Interview mit Sacha Llorenti, Berlin, 6.03.2008

38 <http://www.cidh.org>

39 Rede von Celso Padilla auf der CIDOB-Versammlung, Santa Cruz, 9.05.2008

40 Stavenhagen 2007

41 Interview mit Sacha Llorenti, Berlin, 6.03.2008

## 17. Anhang

### Literatur

Ismar, Georg (2003): Die neuen indigenen Bewegungen Ende des 20. Jahrhunderts: Das Beispiel Bolivien.

IWGIA (2008): Annual Report 2007. Bolivia.

Schorr, Bettina (2008): „Der Wilde Osten. Santa Cruz: Verletzungen der Menschenrechte im Namen der Autonomie“, in: Zeitschrift ila 315 „Bolivien“.

Mamani Ramírez, Pablo (2004): El rugir de las multitudes.

Pampuch, Thomas und Agustín A. Echalar (1998): Bolivien.

Poma, Muruchi (2007): Evo Morales. Die Biographie

Rathgeber, Theodor (2004): Indigene Völker und Landrechte. <http://www.gtz.de/de/weltweit/lateinamerika-karibik/regionale-themen/15837.htm>

Ströbele-Gregor, Juliana (2006): „Für ein anderes Bolivien – aber für welches? Indigene Völker und Staat in Bolivien“ In: Bopp, Franziska und Georg Ismar (Hg.): Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze.

Stavenhagen, Rodolfo (2007): Promoción y Protección de Todos los Derechos Humanos, Civiles, Políticos, Económicos, Sociales, Culturales, incluyendo el Derecho al Desarrollo. Informe del Relator Especial sobre la situación de los derechos humanos y las libertades fundamentales de los indígenas, Sr. Rodolfo Stavenhagen. Asamblea General, Naciones Unidas.

Zeitschrift des Informationszentrums 3. Welt Iz3w (2007): Aufbegehren - Die Politik der Indigenität, Nr. 303.

Zeitschrift Bolivia - Berichte und Analysen, Thema Migration, Februar-April 2008, Nr. 153.

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika (2008): Bolivien. Mai 2008, Ausgabe 315. Bonn.

## Internet

### Spanisch

<http://www.bolpress.com>

<http://www.prensaindigena.org.mx>

<http://www.katari.org>

<http://www.cejjs.org/html/modules/news/>

<http://www.upsidedownworld.org/>

Corte Nacional Electoral: <http://www.cne.org.bo/>

INE: <http://www.ine.gov.bo/>

Asamblea Constituyente: [www.presidencia.gov.bo/asamblea](http://www.presidencia.gov.bo/asamblea)

### Dachorganisationen indigener Völker

<http://conamaq.nativeweb.org>

<http://www.cidob-bo.org>

### Englisch

<http://www.upsidedownworld.org/>

<http://www.oas.org/oaspage/humanrights.htm>

NACLA-Report on the Americas: <https://nacla.org/naclareport>

UNDP: Human Development Report: <http://hdr.undp.org/en/>

OECD: Geographical distribution of Fincial flows to less Developed Countries:

<http://www.oecdwash.org/PUBS/ELECTRONIC/epdevt.htm#idscd>

### Deutsch

<http://www.lateinamerika-anders.org/>

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/>

<http://www.bolivia-info.de/>



*"Bolivien ist in einer Krise, doch wir lassen uns nicht von der Oligarchie kleinkriegen. Wir regieren, jedoch noch nicht ganz, es ist erst der Anfang, und die Parteien der Oligarchien, die uns 500 Jahre unterdrückt haben, manipulieren weiter. Wir wollen die Einheit, keine Autonomien der Unternehmen."/>*  
*(Dalia B. Machicado Alarcon, Aymara Führungspersönlichkeit auf der Demonstration gegen die Autonomie-Statuten von Santa Cruz, La Paz, 4.05.2008)*